

Die heutige Berichterstattung in der Presse suggeriert anhand von Einzelfällen, dass in Basler Moscheen in grossem Stil Kämpfer für den islamischen Staat oder ihm naheliegende Organisationen rekrutiert werden.

Die Thematik darf und soll nicht verharmlost werden. Bereits im Jahr 2014, als die Gefahr und das Rekrutierungspotential des IS sich langsam manifestiert haben, habe ich eine Interpellation dazu eingereicht.

Heute, da einzelne Fälle von Sympathisanten und/ oder Mitgliedern des IS bekannt werden, stellt sich die Frage, wie Basel seine Bemühungen in der Prävention derartiger Fälle verstärken kann. Eine gelungene Integration hat einen grossen Schutzfaktor vor den Versprechungen des IS und ihm nahestehenden Organisationen.

Ausgegrenzte und perspektivlose Jugendliche geraten dagegen leicht in die Fänge radikalisierten Ideologien, dies kann ebenfalls bei Rechtsextremen, Linksextremen oder auch Sekten beobachtet werden und geschieht nicht nur in Zusammenhang mit dem Islam.

Unbestritten ist, dass bei Vorliegen strafrechtlicher Tatbestände primär die Polizei und Justiz in der Verantwortung steht, um auf Phänomene von Radikalisierungen zu reagieren.

Deshalb bitte ich die Regierung, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was unternimmt die Polizei konkret, um gewaltbereite Personen, oder wenn es sie gibt, eine gewaltbereite Szene, im Auge zu behalten und falls nötig strafrechtlich zu belangen?
2. Können die Polizei oder andere Behörden präventiv tätig sein und versuchen, junge Menschen, die von gewaltbereiten Seiten angesprochen werden, zu schützen und ihnen neue Perspektiven aufzuzeigen?
3. Was hat der Kanton in den letzten Jahren konkret unternommen, um junge Menschen über die Gefahren von Radikalisierung aufzuklären? Wurden spezielle Programme lanciert, um über die Gefahren des IS und anderer fundamentalistischer Organisationen aufzuklären?
4. Was unternimmt die Regierung, damit nicht einzelne radikalisierte Personen die gesamte oder bestimmte Teile der Migrationsbevölkerung in Misskredit bringen?
5. Wie können die Behörden die Migrationsbevölkerung vor dem Imageschaden und pauschalen Anfeindungen schützen?
6. Was können die Behörden gemeinsam mit den Organisationen der Migrantinnen und Migranten tun, um Gegensteuer zu Ausgrenzung und Radikalisierung zu geben und Prävention und Integration zu stärken?
7. In welchen Bereichen kann die Prävention von jungen Menschen vor Radikalisierung verstärkt werden?
8. An wen können sich Angehörige, Freunde und Bekannte aber auch LehrerInnen von Jugendlichen, die eine Tendenz zur Radikalisierung zeigen, wenden? Wie werden sie im Umgang mit den Jugendlichen unterstützt?
9. Gibt es eine Anlaufstelle für Menschen, die sich auf dem Weg zur Radikalisierung von diesem Gedankengut abwenden und Hilfe und Unterstützung beim Ausstieg aus dieser Szene benötigen? Wie sieht die Unterstützung konkret aus?

Ursula Metzger